

Die Militärreform in Rußland: T. 1: Problemlage und Vorgeschichte

Schmidt-Skipiol, Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmidt-Skipiol, J. (1998). *Die Militärreform in Rußland: T. 1: Problemlage und Vorgeschichte*. (Berichte / BIOst, 53-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43836>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>;
e-mail: biost.koeln@mail.rrz.uni-koeln.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Einführung	7
2. Problemfelder und Reformbedarf der russischen Streitkräfte	9
Konzeptionelle Grundlagen	9
Struktur der Streitkräfte	10
Personal.....	13
Ökologische Probleme	18
Knappe Ressourcen.....	20
3. Russische "Militärreform" bis 1997	25
Erste Reformversuche verlaufen im Sand	25
Die Militärreform unter Verteidigungsminister Rodionow	27
Neuanfang mit Igor Sergejew	29
Summary	33

1. Dezember 1998

Bei der Transkription aus dem Russischen wurde zum Zwecke des besseren Verständnisses bei allgemein bekannten Namen im Text die Dudenumschrift gewählt – ansonsten wurde im Text und in allen Fußnoten die wissenschaftliche Transkription benutzt.

Joachim Schmidt-Skipiol

Die Militärreform in Rußland (Teil I)

Problemlage und Vorgeschichte

Bericht des BIOst Nr. 53/1998

Kurzfassung

Vorbemerkung

Die russischen Streitkräfte, hervorgegangen aus der sowjetischen Armee, stehen unter erheblichem Druck zur Umgestaltung und Reform. Der vorliegende zweiteilige Bericht zur Militärreform in Rußland versucht, den bisherigen Verlauf der Bemühungen zur Reformierung von Streitkräften und militärischem Apparat, ihren aktuellen Stand, sowie ihre Zukunftsaussichten zusammenzufassen und zu bewerten.

Dabei beschäftigt sich der vorliegende erste Teil mit einer detaillierten Übersicht der Probleme der Streitkräfte der Russischen Föderation, wie sie sich der russischen Führung in den letzten Jahren darstellten und in großen Teilen auch heute noch darstellen. Anschließend folgt eine knappe Geschichte der Militärreform von der Ära Gorbatschow bis zum Sommer 1997.

Im zweiten Teil des Berichts geht es um die erheblichen Fortschritte zumindest in Teilbereichen, die seit dem Wechsel im russischen Verteidigungsministerium (Mai 1997) erreicht wurden. Ein Ausblick auf die Perspektiven für die Militärreform vor dem Hintergrund der jüngsten Krise in Rußland beschließt den Bericht. Abgerundet wird er im Anhang durch die auszugsweise Übersetzung einiger richtungsweisender Dokumente Präsident Jelzins zur Neustrukturierung der Militärbezirke der Russischen Föderation vom Sommer 1998.

Ergebnisse

1. In der russischen Literatur werden die Begriffe *Militärreform* und *Streitkräftereform* nicht synonym verwendet. Streitkräftereform bezieht sich ausschließlich auf die bewaffneten Organe, die dem Verteidigungsministerium unterstehen, während Militärreform auch alle "sonstigen Truppen" betrachtet. Damit ist *Streitkräftereform* immer nur ein Teil von *Militärreform*. Diese umfaßt ihrerseits auch das Beziehungsgefüge innerhalb der "Machtministerien", also aller Truppen unterhaltenden Institutionen, sowie darüberhinaus den Komplex der Wehrpflicht, die Wehrfähigkeit der Gesellschaft, etc. Die Reformansätze der Vergangenheit bewegten sich weitgehend im Bereich der Streitkräfte. Die umfangreichere Agenda der *Militärreform* wurde zwar von einigen Militärtheoretikern schon lange

angesprochen, ist aber durch Regierungsmaßnahmen erst seit 1998 gezielt aufgegriffen worden.

2. Zu den zentralen Problemfeldern der russischen Streitkräfte gehören ihre konzeptionellen Grundlagen, ihre Struktur, ihr Personal und ökologische Fragen. Überwölbt werden diese Bereiche von der allgegenwärtigen Ressourcenknappheit, die jeglichen Handlungs- und Gestaltungsspielraum einschränkt.
3. Bis 1997 gab es in der Russischen Föderation kein kohärentes System von sicherheits- und militärpolitischen Grundsatzdokumenten. Somit entstand in der Truppe und bei der militärischen Führung Unsicherheit über nationale sicherheitspolitische Ziele und die Wege, sie zu erreichen. Die verschiedenen "Machtministerien" rangen um institutionellen und persönlichen Einfluß. Erst mit Erlaß der "Konzeption der nationalen Sicherheit" im Dezember 1997 zeichnet sich hier eine vielversprechende Entwicklung ab.
4. Die Streitkräfte der Russischen Föderation haben schwere strukturelle Schwächen aus sowjetischer Zeit übernommen. Es gab fünf Teilstreitkräfte (TSK): Strategische Raketenkräfte, Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte, Truppen der Luftverteidigung und Seestreitkräfte (zusätzlich die Luftlandetruppen als sechste TSK). Außerdem leistete man sich auch in einer immer weiter verkleinerten Armee die gleiche aufgeblähte Militärbükratie, dieselbe mehrfache Redundanz in den Bereichen Ausbildung und Beschaffung, dieselbe Dublierung von logistischen Strukturen, wie zu sowjetischen Zeiten. Das Einberufungssystem für Wehrpflichtige wurde immer unübersichtlicher.
5. Der Personalkörper der russischen Streitkräfte leidet bei den Zeit- und Berufssoldaten unter sozialer Demontage, Demotivation, Überalterung, Korruption und daraus resultierenden Nachwuchssorgen. Bei den Wehrpflichtigen geht es um die ungelösten Fragen von Wehrdienst und Dienstverweigerung, um Fahnenflucht, und um die "Dedovščina", die systematische Unterdrückung junger Rekruten durch ihre älteren Kameraden.
6. Als Erbe der Roten Armee – aber auch aufgrund aktueller finanzieller Schwächen – ticken viele ökologische Zeitbomben im Zuständigkeitsbereich des Verteidigungsministeriums: Im Umkreis militärischer Einrichtungen gibt es großräumige Verunreinigungen von Böden, Grundwasser und der Luft durch austretende Betriebsstoffe. Spätfolgen der Giftgasproduktion der Vergangenheit sind schwere Verseuchungen im Umkreis der Produktionsanlagen; die Lager mit großen Mengen an C-Kampfstoffen sind unsicher. Produktion und Lagerung von spaltbarem Material und nuklearen Brennstoffen haben weite Territorien kontaminiert.
7. Die finanzielle Lage der russischen Armee ist desolat, da selbst die in den letzten Jahren ständig rückläufigen Einzeletats für Verteidigung regelmäßig deutlich untererfüllt wurden (im laufenden Jahr lediglich 44,6% Erfüllung). Dies führt vor allem zur praktisch völligen Einstellung der militärischen Beschaffungen und der Unterstützung von Forschung und Entwicklung sowie zur extremen Beschneidung des Betriebs der Streitkräfte.
8. Bereits die ersten Bemühungen zu einer Reform militärischer Strukturen in der Ära Gorbatschow scheiterten an der bürokratischen Verkrustung des militärischen Führungsapparats

und seinem Mißtrauen gegenüber Veränderungen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der "Übernahme" des größten Teils der Armee durch die Russische Föderation gesellten sich zu dieser konservativen Haltung noch die Querelen zwischen den verschiedenen beteiligten "Machtministerien" und erschwerten eine zielgerichtete Streitkräfte- oder gar Militärreform. Es kam lediglich zu immer weiteren Reduzierungen der Kopfstärke ohne strukturelle Konsequenzen. Letztlich scheiterten auch die zuerst erfolgversprechenden Ansätze vom damaligen Verteidigungsminister Rodionow an mangelndem innenpolitischen Geschick und dem zunehmenden persönlichen Gegensatz zwischen Rodionow und dem Sekretär des Verteidigungsrates, Jurij Baturin.

9. Erst nach dem Wechsel in der Führung des Verteidigungsministeriums – im Mai 1997 wurde Igor Sergejew Verteidigungsminister und Anatolij Kwaschnin Generalstabschef – zeichneten sich neue Impulse für die Reform der Streitkräfte ab. Die Ernennung Andrej Kokoschins zum Sekretär des Verteidigungsrates schließlich war dem Ausgleich der "Machtministerien" untereinander zuträglich.

1. Einführung

Das Ende des Kalten Krieges eröffnete Rußland als Hauptnachfolger der UdSSR genau wie allen anderen Staaten, die in der Zeit des Ost-West-Konfliktes im Rahmen von NATO bzw. Warschauer Pakt große Armeen unterhielten, die Möglichkeit drastischer Reduzierungen und Einsparungen im Verteidigungssektor. Trotz dieser vordergründig ähnlichen Voraussetzungen ist die Problemlage bei der Anpassung der russischen Streitkräfte an die neue sicherheitspolitische Situation aber ungleich vielschichtiger als in allen anderen Ländern.

Die Ursache hierfür liegt in der schieren Größenordnung – sowohl finanziell wie personell – der Verteidigungsanstrengungen der Sowjetunion, in der militaristischen Ausrichtung ihrer Gesellschaft, in der extrem einseitigen Abhängigkeit der sowjetischen Supermachtstellung von militärischer Stärke sowie in der einzigartig dichten Verflechtung von ziviler Führung, Armee und Rüstungsindustrie¹. So scheint es erwiesen, trotz des Fehlens eindeutigen offiziellen Zahlenmaterials aus der Sowjetzeit, daß die Herstellung von Rüstungsgütern über ein Drittel der gesamten sowjetischen Maschinenbauproduktion ausmachten, die Rüstungslast etwa 15% des BSP betrug² und die UdSSR insgesamt mehr als fünf Millionen Mann unter Waffen hielt³. In Wirtschaftskraft und finanzieller Potenz eher eine Mittelmacht sicherte einzig diese enorme Militärmacht die weltpolitische Gleichrangigkeit der UdSSR mit den USA. Ermöglicht wurde dieser Kraftakt unter anderem durch die bedingungslose Vorrangstellung aller militärischen Belange, die Anerkennung der Bedeutung der Streitkräfte für die Sicherheit des Landes und die Allgegenwart und das Prestige der Armee in der sowjetischen Gesellschaft. Der Militärisch-Industrielle Komplex (MIK) sorgte mit seinen undurchsichtigen Strukturen, extremer Geheimhaltung und irreführenden budgetären Methoden für die Verschleierung der wahren Rüstungslast vor der breiten Bevölkerung.

So stand die neugegründete Russische Föderation, die das Erbe der sowjetischen Roten Armee zu verarbeiten und eigene Streitkräfte aufzubauen hatte, nicht nur vor dem Problem der einschneidenden Reduzierung von Kopfstärke und Budget der Armee, sondern mußte gleichzeitig die Schaffung einer "Zivilgesellschaft" fördern und sich mit der Marginalisierung ihrer internationalen sicherheitspolitischen Rolle abfinden.

¹ Diese Verflechtung wurde in sowjetischer Zeit umschrieben mit dem Begriff "Militärisch-industrieller Komplex" ("MIK"); obwohl sich die Erscheinungsform des MIK heute deutlich gewandelt hat, wird der Begriff immer noch verwendet – hauptsächlich um die Rüstungsindustrie zu bezeichnen.

² Die Rüstungslast zu sowjetischer Zeit soll hier nicht weiter vertieft werden; verwiesen sei dazu auf das hervorragende Standardwerk zur späten sowjetischen Rüstungspolitik mit umfassendem kommentierten Zahlenmaterial von Hans-Henning Schröder: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen "Stagnation" und "Perestrojka". Eine Untersuchung der Wechselbeziehung von auswärtiger Politik und innerem Wandel in der UdSSR (1979-1991), Baden-Baden 1995.

³ Das IISS bezifferte die Gesamtzahl unter Waffen für die UdSSR 1985 mit 5,9 Mio. Mann (incl. aller bewaffneter militärischer und paramilitärischer Verbände der übrigen "Machtministerien"). Vgl. The International Institute for Strategic Studies (Hrsg.): The Military Balance 1985-1986, London 1985, S. 21.

Jüngster Schritt in diesem wechselhaften, oft planlos scheinenden und schmerzhaften Prozeß war die Unterzeichnung eines neuen Grundsatzpapiers zur Militärreform⁴ durch Präsident Boris El'cin am 30. Juli 1998. Dieses Dokument wurde seit dem Amtsantritt von Verteidigungsminister Igor' Sergeev und dem damit verbundenen frischen Wind für die Militärreform im Sommer 1997⁵ mit Spannung erwartet. Es entwickelt realistische Perspektiven zur Entwicklung der russischen Streitkräfte und regelt erstmalig die Beziehungen der verschiedenen "Machtministerien"⁶ untereinander.

Im russischen Sprachgebrauch wird mitunter zwischen *Militärreform* ("voennaja reforma") und *Streitkräftereform* ("reforma vooružennyh sil") unterschieden, wobei ersteres die Umgestaltung aller verteidigungsbezogenen Elemente und Strukturen von Staat und Gesellschaft beinhaltet, während der zweite Begriff die Umstrukturierung und Anpassung der regulären Streitkräfte im engeren Sinne meint. Damit ist *Streitkräftereform* immer nur ein Teil von *Militärreform*, die ihrerseits auch die anderen Truppen, das Beziehungsgefüge der Machtministerien untereinander, den Komplex der Wehrpflicht, die Wehrfähigkeit der Gesellschaft, etc. umfaßt. Der Vorwurf vieler Militärs bis hin zum ehemaligen Verteidigungsminister Rodionov war lange Zeit, daß eine einseitige Streitkräftereform (verkürzt zur Streitkräftereduzierung) aus finanziellen Gründen favorisiert werde, ohne sie in eine umfassende gesamtgesellschaftliche Militärreform einzubetten – sie müsse daher scheitern und schade Rußland. Obwohl diese begriffliche Trennung in der russischen Literatur und Presse nicht durchgehalten wird und von dem Projekt einer tatsächlichen *Militärreform* in diesem Sinne erst seit Mitte 1998 gesprochen werden kann, wird in den weiteren Ausführungen versucht, die beiden Begriffe konsequent anzuwenden.

Der vorliegende zweiteilige Bericht liefert im ersten Teil nach einer Übersicht über die konkreten Probleme der Armee, wie sie sich der russischen Administration seit der Schaffung der Streitkräfte der Russischen Föderation am 16. März 1992 darstellten (und größtenteils heute noch darstellen), eine kurzen Skizzierung der Entwicklung der russischen Militärreform bis zum Wechsel im russischen Verteidigungsministerium im Mai 1997. Danach folgt im zweiten Teil die Vorstellung der im Verlauf der letzten eineinhalb Jahre beschlossenen und bereits angelaufenen Maßnahmen sowie der neuesten Planungen von Regierung und Generalstab, soweit sie seit Sommer 1998 bekannt geworden sind. Im letzten Kapitel schließlich soll die Frage nach der Realisierbarkeit der Planungen sowie nach äußeren und inneren Einflüssen beantwortet werden.

⁴ "Osnovy [konceptiju] gosudarstvennoj politiki po voennomu stroitel'stvu na period do 2005 goda" ("Grundlagen [Konzept] der staatlichen Politik zur militärischen Entwicklung bis zum Jahr 2005").

⁵ Vgl. Joachim Schmidt-Skipiol: Wachablösung im Verteidigungsministerium, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), Nr. 30/1997, und derselbe: Die Militärreform in Rußland, Teile I und II, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 48/1997 und 49/1997.

⁶ Sammelbegriff für alle Ministerien und Institutionen, die Truppen unterhalten.

2. Problemfelder und Reformbedarf der russischen Streitkräfte

Das Ausmaß der Probleme der russischen Streitkräfte spiegelt die immensen Anpassungsschwierigkeiten des Landes und seiner Administration an die sich immer schneller wandelnden politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen wider. Zusätzlich tragen die Soldaten selbst schwer an der Hypothek der politischen und sozialen Marginalisierung der sie sich in der postsowjetischen Zeit ausgesetzt sehen.

Vier Problemfelder zeichneten sich bereits frühzeitig ab und wirken bis heute fort: konzeptionelle Grundlagen, Struktur der Streitkräfte, Personal und Ökologie. Sie wurden und werden noch von der allgegenwärtigen Ressourcenknappheit überwölbt, die alle Bereiche gleichermaßen betrifft und Lösungsmöglichkeiten stark einschränkt.

Konzeptionelle Grundlagen

Im postsowjetischen Rußland lag ein systematisches und bedrohungsorientiert hergeleitetes Gerüst von Dokumenten zur Interessenlage des Staates, seinen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und zu Auftrag und Bedeutung von bewaffneten Formationen – Streitkräften wie anderen Truppen – nur in Bruchteilen vor. Selbst Anfang 1997 gab es noch keine nationale Sicherheitsstrategie, eine nur unzureichend ausformulierte Militärdoktrin (die letzten "Grundlagen der Militärdoktrin der Russischen Föderation"⁷ stammen vom November 1993 und sind in wichtigen Teilen veraltet) und keine Aufgabendefinition und -zuweisung für Streitkräfte und andere Truppen. Zwar entwickelten vor allem die Verteidigungsminister der Rußländischen Föderation, zuerst Igor Rodionow und später Marschall Igor Sergejew, und der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Andrej Afanassjewitsch Kokoschin (später Sekretär des Verteidigungsrates der Russischen Föderation), in Interviews und Vorträgen zur Militärreform einige konzeptionelle Gedanken, aber es fehlte ein allgemein anerkanntes offizielles Gedankengebäude, in dem sich sowohl Administration, als auch Parlament, als auch die militärische Führung wiederfanden.

So konnte Lew Rochlin, damals Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der Russischen Staatsduma und als Vorsitzender der DPA⁸ einer der Hauptkritiker der Militärreform unwidersprochen behaupten:

In Rußland wurde noch keine normativrechtliche Grundlage zur Lösung all der verteidigungspolitischen Probleme, die sich angesammelt haben, erarbeitet oder verabschiedet, es gibt keine nationale Sicherheitsdoktrin und kein nationales Sicherheitskonzept des Landes, es gibt auch keine staatliche Militärdoktrin und kein Konzept für die militärische Sicherheit des Landes, die auf dieser Grundlage erarbeitet werden müßten ...⁹

⁷ Veröffentlicht unter dem Titel "Osnovnye Položenija Voennoj Doktriny Rossijskoj Federacii" in der Armeezeitung Krasnaja Zvezda, 19. November 1993, S. 3-4. Im übrigen soll der Komplex "Militärdoktrin" aus Platzgründen hier nicht behandelt werden.

⁸ "Dviženija podderžki armii, oboronnoj promyšlennosti i voennoj nauki" ("Bewegung zur Unterstützung der Armee, der Rüstungsindustrie und der Militärwissenschaft").

⁹ Interfaxmeldung vom 17.12.1997, zitiert nach Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland, Nr. 243, 18.12.1997, Erklärungen/Interviews, S. 13.

Die militärischen Apparate der "Machtministerien" wurden, ohne eine klare Konzeption, zur Spielwiese für Machtkämpfe, Eifersüchteleien und Bereicherungen. Es fand unter anderem eine Aufrüstung der Truppen des Innenministeriums mit schweren Waffen statt; im Gegensatz zu den Streitkräften wurden diese Truppen immer regelmäßig besoldet, so daß viele junge Offiziere der Streitkräfte dorthin abwanderten und Ansätze des Generalstabs zur Klarstellung des jeweiligen Aufgabenspektrums und zur gegenseitigen wechselseitigen Unterstützung wurden vor allem aus dem Innenministerium und dem Föderalen Sicherheitsdienst sabotiert.

Augenscheinlich hatte die politische Führung des Landes mit Präsident Jelzin an der Spitze lange Zeit wenig Interesse an einer Regelung dieses Dilemmas: Es gab in den Gründungsjahren des postsowjetischen Rußland keine ernstzunehmende Bedrohung von außen, für die man die Armee gebraucht hätte, und ansonsten war sie nur ein gefährlicher innenpolitischer Machtfaktor, der darüberhinaus viele Ressourcen verschlang. Jelzin brauchte also die unbedingte Loyalität der militärischen Führung und erkaufte sich diese durch seine jahrelange stillschweigende Duldung der Ausbeutung der Armee durch ihre korrupten Führer einschließlich des Verteidigungsministers von 1992 bis 1996, Pawel Gratschow¹⁰. Erst als die katastrophale Lage in der Armee öffentlich bekannt geworden war und innere Probleme, Soldrückstände und die Katastrophe in Tschetschenien Unruhe in den Streitkräften und ihrem Umfeld hervorriefen, sah der Präsident Handlungsbedarf. Sobald sich allerdings die Lage nach Bereinigung der Zahlungsrückstände an die Soldaten zu beruhigen schien, schwand sein Interesse wieder: Im Jahresabschlußinterview für die zentralen russischen Massenmedien verlor Jelzin am 30. Dezember 1997 kein Wort über Wehrpflicht, die Armee oder ihre Soldaten – das Thema war gerade nicht brisant und daher uninteressant¹¹.

Unter diesen konzeptionellen Bedingungen war und ist es nicht leicht für die Protagonisten eines "Neuen Denkens" im Bereich der Militärpolitik, die es in Rußland durchaus gibt, ihren Ideen Wirkung zu verleihen.

Struktur der Streitkräfte

Die Streitkräfte der Russischen Föderation haben bis ins Detail die Strukturen der "Roten Armee" der UdSSR übernommen – allerdings territorial reduziert auf das Gebiet Rußlands (mit einigen wenigen Basen in anderen GUS-Staaten) und materiell um einen großen Teil der Waffensysteme verkleinert, die sich beim Zusammenbruch der Sowjetunion auf dem Gebiet der anderen neuen Republiken befanden¹². Die militärische Führung beharrte auf diesem

¹⁰ Hier sei nur an die Affäre um den Artikel des stellv. Chefredakteurs Vadim Poëgli erinnert, der Gračev als "Pascha-Mercedes" titulierte, vgl. Vadim Poëgli, Paša-Mersedes, Vor dolšen sidet' v tjur'me ... a ne byt' ministrom oborony, in: Moskovskij Komsomolec, 20. Oktober 1994, S. 3.

¹¹ Vgl. Interview nach Itar-Tass beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland, Nr. 1, 2.1.1998, Erklärungen/Interviews, S. 2ff.

¹² Die ursprüngliche Absicht Rußlands, die Streitkräfte als "GUS-Armee" und damit als Klammer der Nachfolgeorganisation der Sowjetunion zu erhalten, begünstigte diese strukturelle Lähmung, scheiterte aber schnell an der Schaffung nationaler Armeen der anderen Nachfolgestaaten der UdSSR. Hierzu und zum Umfang der abgegebenen Waffensysteme, vgl. Signe Landgren, Post-Soviet threats to security, in: Adam Rotfeld (Hrsg.), SIPRI-Yearbook 1992, Oxford 1992, S. 531-562.

antiquierten Aufbau, den sie für die Streitkräfte einer Großmacht als notwendig erachtete, und legte so den Keim vieler heutiger Probleme der russischen Armee:

- Die fünf Teilstreitkräfte (TSK) des sowjetischen Systems wurden beibehalten: Neben die auch westlichem Verständnis entsprechenden TSK der Land-, Luft- und Seestreitkräfte traten nach wie vor die Strategischen Raketentruppen und die Truppen der Luftverteidigung. Faktisch existierten mit den direkt dem Präsidenten unterstellten Luftlandtruppen und den Weltraumtruppen sogar noch eine sechste und siebte Teilstreitkraft. Alle diese TSK besaßen aufgeblähte vielstufige Führungsapparate und – gerade bei Luftstreitkräften, Luftverteidigung und Strategischen Raketentruppen – oft mehrfach redundante Fähigkeiten, Truppenteile und Ausbildungskapazitäten. Dabei hielten die TSK für die gleichen Aufgaben ein umfangreiches Mix jeweils verschiedener und kaum kompatibler Waffensysteme bereit, was die Logistik erschwerte und enorm verteuerte. Es gab kaum Ansätze zu gemeinsamer Logistik, selbst dort wo sie möglich gewesen wäre.
- Die oberste militärische Führung verfügte einerseits über ein riesenhaftes Verteidigungsministerium (ca. 10.000 Dienstposten mit Hunderten von Generalen/Admiralen), andererseits über einen kaum weniger aufgeblähten Generalstab, deren Kompetenzen sich teilweise überschnitten und wo ein überaltertes und übergroßes Generalskorps eifersüchtig über seine Pfründe wachte¹³. Dabei fand die konzeptionelle Grundlagenarbeit über Militär- und Streitkräfte reform, Militärdoktrin und Aufgabenverteilung zwischen Streitkräften und den Truppen der anderen "Machtministerien" und Dienste in mehreren Gremien statt, die oberhalb des Verteidigungsministeriums, hauptsächlich im Bereich der Präsidialadministration, angesiedelt waren. Immer neue Personalrochaden und Kompetenzumverteilungen zwischen Sicherheitsrat, Verteidigungsrat, Staatlichem Militärinspekteur, Staatskommission für den Militäraufbau und anderen zum Teil kurzlebigen Organisationen schufen ein unübersichtliches Gewirr von Zuständigkeiten, Blockademöglichkeiten und Einflußsphären, die keine systematische Planung zukünftiger militärischer Konzeption und Struktur zuließen. Letztlich stand dabei der Präsident unangefochten an der Spitze, der im Bereich der Machtministerien sein Herrschaftsprinzip "divide et impera!" perfektionierte, selbst jedoch den nur schwer abschätzbaren Einflüssen der jeweiligen Favoriten in den persönlichen Beraterfunktionen unterlag¹⁴.
- Die bereits zu sowjetischen Zeiten einsetzende und dann unter russischer Ägide fortgesetzte Reduzierung der Streitkräfte wurde von Anfang an ausschließlich unter dem Zwang schrumpfender Ressourcen durchgeführt und noch nicht einmal in Ansätzen auf die Grundlage konzeptioneller Überlegungen oder gar durchstrukturierter Streitkräftebedarfsrechnungen nach westlichem Muster gestellt. So wurde unter dem wachsenden Spardruck zuerst die Investitionstätigkeit praktisch eingestellt, dann Betriebskosten eingespart (die Armee blieb immer mehr in den Kasernen und Stützpunkten, anstatt zu trainieren) und zuletzt flächendeckend Personal reduziert. Dabei

¹³ Vgl. Ausführungen zur Generalität auf S. 16, Fußnote 30.

¹⁴ Zu den unübersichtlichen Strukturen der Administration, vgl. Hans-Henning Schröder: Instanzen sicherheitspolitischer Entscheidungsfindung in der Jelzin-Administration, Berichte des BIOst, Nr. 18/1996, Köln 1996, und derselbe: Viele Köche verderben den Brei ... (Teile I und II), Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 53/1996 und 54/1996.

wurde weniger die Zahl der Verbände verringert¹⁵, als vielmehr ihr Auffüllungsgrad. Die hohe Dunkelziffer von nichterscheinenden Rekruten tat ein übriges¹⁶, um die immer noch beeindruckenden Zahlen von aktiven Divisionen und Großverbänden der russischen Armee zu relativieren – es entstand ein hohles Gebilde, von dem sogar der Generalstab zugab, daß es nur zu 80% aufgefüllt sei¹⁷. Die Katastrophe in Tschetschenien bewies der Öffentlichkeit eindrucksvoll die militärische Schwäche dieses Konglomerats, ohne jedoch bei der militärischen Führung sofort ein radikales Umdenken und schnelle Korrekturen zu bewirken. Tschetschenien blieb dennoch nicht ohne (langfristige) Folgen, wie im nächsten Teil dargestellt werden wird.

- Ein weiteres aufwendiges Erbe aus der sowjetischen Zeit ist die Dichte und vielfache Redundanz der militärischen Schullandschaft. Insgesamt 101 Schulen und Akademien für höhere militärische Ausbildung gab es in Rußland, jede Teilstreitkraft unterhielt ihre eigenen weiterführenden Ausbildungsstätten und Militärakademien¹⁸. Wie bei vielen Querschnittsfunktionen, so galt auch für die Ausbildung, daß in keiner Weise der dramatischen Schrumpfung der Streitkräfte Rechnung getragen wurde.
- Der Bereich der Logistik wurde oben schon angesprochen, es sei nur erwähnt, daß auch die Beschaffungsstränge und das gesamte militärische Testwesen von den TSK und teilweise sogar von den Waffengattungen parallel nebeneinanderher betrieben wurden mit jeweils eigenen Administrationen, Testgeländen, Testreihen etc.
- Aus den vielfachen Überkapazitäten im rückwärtigen Bereich, der den dort Beschäftigten ein flexibleres und bequemer Leben ermöglichte als den Angehörigen der Kampfverbände in ihren Einödstandorten, resultierte eine groteske Personalsituation: Obwohl Anfang 1998 das Verhältnis von Soldaten zu Offizieren in der Armee 100:37 betrug (zum Vergleich: dieses Verhältnis beträgt in der Bundeswehr ca. 100:11), fehlten in den Kampfverbänden viele Offiziere der unteren und mittleren Dienstgrade. Die strukturellen Schwächen wirkten sich also direkt negativ auf die Kampf- und Einsatzbereitschaft der Truppe aus.

Es ließen sich noch eine Reihe anderer Strukturprobleme aus der Erbmasse der sowjetischen Armee anführen (etwa die vornehmlich westgerichtete geographische Ausrichtung des Streitkräftedispositivs, der Mangel an TSK-übergreifender Zusammenarbeit auf taktischer und operativer Ebene in Übungen, der aufgeblähte militärisch-industrielle Komplex, etc.), auf die hier jedoch aus Platzgründen verzichtet werden soll.

¹⁵ Damit wäre eine Verringerung der gut dotierten Dienstposten vor allem für Generale einhergegangen.

¹⁶ Wurde dieses Nichterscheinen nicht gemeldet, konnten die von der Zentrale überwiesenen Soldzahlungen von den Kommandeuren in die eigene Tasche gesteckt werden.

¹⁷ So GLt. Putilin, Chef der Hauptverwaltung Mobilmachungsorganisation im Generalstab, im Oktober 1997, vgl. RIA-Novosti-Meldung, bei: The Jamestown Foundation. Monitor – A Daily Briefing on the Post-Soviet States, 10.10.1997, S. 5. Viele westliche Analytiker hielten auch diese Zahlen für zu optimistisch und schätzten die tatsächliche Stärke der russischen Armee auf bis zu 35% unter ihrer Soll-Stärke ein.

¹⁸ Unter den Militärakademien und höheren militärischen Bildungsanstalten gab es jeweils eine eigene für die Strategischen Raketentruppen, die Seestreitkräfte, die Luftstreitkräfte, die Truppen der Luftverteidigung, aber auch für die Luftverteidigung der Landstreitkräfte, die Panzertruppen, die Fernmeldetruppen, die ABC-Abwehr, die Artillerie, die Militärmedizin, etc.!

Ein wichtiger Faktor soll allerdings noch erwähnt werden, der Lösungsansätze zur Verschlan-
kung von aufgeblähten und redundanten Strukturen massiv behindert: Viele russische Regio-
nen, vor allem die wirtschaftlich schwachen, die in Teilbereichen völlig von der Wirtschafts-
kraft militärischer Garnisonen und ihrer Soldaten und Familien abhängig sind, opponieren
heftig gegen Truppenreduzierungen und die Aufgabe von Standorten. So bekämpft etwa der
Gouverneur des Gebiets Kamtschatka die Verkleinerung der Land- und Seestreitkräfte in
seinem Zuständigkeitsbereich unter Hinweis auf die katastrophalen Folgen für die regionale
Wirtschaft¹⁹. Mit wachsendem Selbstbewußtsein und Durchsetzungsvermögen der Regionen
gegenüber der Zentralgewalt wird auch hier der Spielraum für die Planer des militärischen
Dispositivs enger.

Personal

Die russische Armee ist nach wie vor eine Wehrpflichtarmee. Im Gegensatz zur Rekrutie-
rungspraxis in der UdSSR gibt es in Rußland heute zwanzig gesetzlich verbriefte Gründe,
vom Wehrdienst entbunden oder zurückgestellt zu werden. Dadurch entgingen 1998 83% der
in der Wehrkartei erfaßten jungen Männer der Einberufung²⁰. Der öffentliche Aufschrei über
das Sterben junger Rekruten in Tschetschenien (und die Erinnerung an Afghanistan) tat ein
übriges und veranlaßte Präsident Jelzin 1996, die Abschaffung der Wehrpflicht bis zum Jahr
2000 zu befehlen²¹. Die Realität holte ihn jedoch schnell wieder ein. Schon 1997 zeichnete
sich ab, daß der Dienst in den Streitkräften auf Kontraktbasis kaum angenommen wird – zu
gering ist der Sold, zu unattraktiv die Lebensbedingungen. Anfang diesen Jahres schließlich
mußte Verteidigungsminister Sergejew öffentlich eingestehen, daß die Abschaffung der
Wehrpflicht bis zum Jahr 2000 unmöglich zu schaffen ist – hauptsächlich aus finanziellen
Gründen, aber auch wegen des geringen gesellschaftlichen Ansehens der Armee und des
Dienstes in der Truppe.

Ein anderes Problem, das noch weitgehend unter der Oberfläche schwelt, ist die Frage der
Wehrdienstverweigerung und des Ersatzdienstes. Die russische Verfassung garantiert das
Recht, den Dienst mit der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern. Bis heute gibt es
allerdings kein Gesetz, das die Möglichkeiten und Modalitäten einer Verweigerung und eines
Ersatzdienstes regelt. Wehrpflichtige haben faktisch keine Möglichkeit, ihr verfassungsmäßig

¹⁹ Vgl. die Befürchtungen des Gouverneurs in Krasnaja Zvezda, 5.11.1997, nach: BBC Monitoring: Summary
of World Broadcasts, Part 1 Former USSR, SU/3072, 10.11.1997, S. S1/3. Die Haltung der Regionen dürfte
sich allerdings verändern, da die Kaufkraft der Garnisonen und ihrer Soldaten schwindet und die lokalen
Versorgungsunternehmen auf ihren Rechnungen sitzenbleiben.

²⁰ O. Verf., Služde net alternativy..., in: Komsomol'skaja Pravda v Moskve No 59-p, 30. März 1998, S. 6 (Son-
derausgabe der Komosomol'skaja Pravda nur für Moskau). Von den verbleibenden tatsächlich einberufenen
Wehrpflichtigen haben sich 1997 40.000 der Wehrpflicht durch Fernbleiben entzogen!

²¹ Der entsprechende Erlaß Nr. 722 stammte vom 16.5.1996, war also ein klassisches Geschenk des Präsident-
schaftswahlkampfes; vgl. hierzu und zum folgenden Michail Klišin: Koncepcija komplektovanija, in: Armej-
skij sbornik, Nr. 7/1997, S. 4-7. (Generaloberst Klišin ist seit August 1997 Stellv. Chef des Generalsta-
bes und war davor lange Jahre in der Hauptverwaltung Mobilmachungsorganisation des Generalstabes der
Streitkräfte der Russischen Föderation eingesetzt, zuletzt als ihr Chef.)

verbrieftes Recht auf Ersatzdienst in Anspruch zu nehmen²². Da aber die meisten Wehrpflichtigen, die ihren Dienst nicht ableisten wollen, sich bereits der Musterung durch Fernbleiben entziehen, oder danach ihren Wehrdienst nicht antreten, hat diese Gesetzeslücke in der Vergangenheit wenig konkrete Wirkung gezeigt. Dies scheint sich zu ändern seit die Strafverfolgungsbehörden das illegale Fernbleiben von der Musterung bzw. von der Truppe wirksamer unterbinden und wehrunwillige Rekruten in größerer Zahl zum Dienst in den Streitkräften gezwungen werden. Zum Frühjahrseinberufungstermin 1998 hat die Zeitung "Komsomol'skaja Pravda" eine detaillierte Vorgehensbeschreibung zur Durchsetzung des individuellen Rechts auf Wehrdienstverweigerung und Ableistung eines Ersatzdienstes veröffentlicht, einschließlich einer Aufzählung der zuständigen gerichtlichen Berufungsinstanzen bei Ablehnung des Antrages²³. Der öffentliche Druck auf eine gesetzliche Regelung von Wehr- und Ersatzdienst wächst.

Die physische und psychische Eignung von jungen Wehrpflichtigen hat in ebenso dramatischem Ausmaß abgenommen wie ihre Schulbildung²⁴. Hier spielt einerseits die Rückstellung (faktisch meist völlige Entbindung) aller Studenten vom Wehrdienst eine Rolle, andererseits die Zunahme von Unterernährung, Verwahrlosung und Kriminalisierung in der russischen Jugend – Faktoren also, die die Armee kaum beeinflussen kann, unter denen sie aber massiv leidet. Mehr als die Hälfte der Gemusterten, die nach Ausschöpfung aller Zurückstellungsgründe noch übrig bleiben, werden aus gesundheitlichen Gründen nicht einberufen. Die dramatisch sinkende Volksgesundheit in Rußland bereitet den Rekrutierungsbüros großes Kopfzerbrechen²⁵.

Eine weitere Folge von sinkenden Zahlen und Standards bei den russischen Wehrpflichtigen ist die Verringerung des Bestands an Reservisten. Je weniger ehemalige Soldaten willens und in der Lage sind, auch nach ihrer aktiven Dienstzeit ihre Wehrfähigkeit aufrecht zu erhalten, desto unglaublicher wird die strategische personelle Reserve der russischen Armee, die bislang eine wesentliche Argumentationsgrundlage bei der Reduzierung der aktiven Truppen

²² In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, daß einige Regionen die Gesetzeslücke ausfüllen wollen; so hat die Republik Tatarstan bereits am 10.7.1998 ein Gesetz durch die erste Lesung gebracht, das einen zivilen Ersatzdienst innerhalb der Republik vorsieht. Außerdem besteht in Tatarstan und Baschkortostan die Regelung, daß Rekruten ihren Wehrdienst nur innerhalb der jeweiligen Republik ableisten. Beides ist ein Indiz für den zunehmenden Einfluß der Regionen in bisherige Domänen der Zentralgewalt, vgl. Jamestown Monitor, Vol. IV, Nr. 136, 16.7.1998.

²³ O. Verf.: Slyzde net al'ternativy..., a.a.o. Ein Effekt des bisherigen Fehlens der legalen Dienstverweigerung war die Kriminalisierung der sich somit illegal dem Dienst Entziehenden als Fahnenflüchtige. Die Zeitung geht ausdrücklich auf dieses Problem ein und mahnt die Einhaltung des legalen Weges an, der ebenfalls den Erfolg bringe.

²⁴ Verteidigungsminister Sergeev beklagte am 12.11.1997 auf einer Konferenz hoher russischer Militärs die erschreckende Rate von Rekruten ohne weiterführende Schulbildung (50%) sowie von drogenabhängigen (10%) und strafrechtlich auffällig gewordenen (20%) Wehrpflichtigen, nach BBC Monitoring: Summary of World Broadcasts, Part 1 Former USSR, SU/3075, 13.11.1997, S. S1/1.

²⁵ Nach Vladimir Marjucha, Buduščij soldat terjaet v vese i roste, a armija – v boegotovnosti, in: Krasnaja Zvezda, 13.2.1998, S. 1. Laut Angaben der Zentralen Militärärztekommision setzt sogar schon wieder ein Umkehrtrend der ärmsten Schichten zurück in den Wehrdienst ein, da man dort wenigstens adäquate Verpflegung erhofft.

war. Die aufgrund fehlender Mittel immer selteneren Reserveübungen machen den Mobilisierungsplanern im russischen Verteidigungsministerium und den nachgeordneten Dienststellen ebenfalls erhebliche Sorgen²⁶.

Bei den Berufssoldaten tun sich für die Einsatzfähigkeit und die Zukunft der Streitkräfte noch weit gravierendere Probleme auf: Überalterung, Korruption und soziale Demontage.

Die Struktur- und Motivationsprobleme in den Streitkräften, sowie das geschwundene soziale Ansehen haben vor allem bei jüngeren Offizieren einen Hang zur Abwanderung aus der Armee erzeugt²⁷. Vor allem die praktisch ausnahmslos 1993/94 mit 5-Jahreskontrakten verpflichteten Offiziere auf Kompanie- und Batallionsebene in den Kampfeinheiten wollen in der Mehrheit ihre Verträge nicht verlängern. Hauptgründe sind die niedrigen Gehälter und Zuwendungen, der teilweise völlige Ausfall der Soldzahlungen, die Frustration wegen der sinkenden Einsatzfähigkeit der Truppe und des geringen Sozialprestiges. So wechseln viele in die Reihen der "sonstigen Truppen" (vor allem zu den Inneren Truppen des Innenministeriums), da dort mehr investiert wird und, wie oben bereits erwähnt, der Sold noch regelmäßig fließt²⁸.

Besonders hoch ist die Abwanderung bei den Kampfeinheiten. Dagegen hat sich in den immer noch überproportional aufgeblähten logistischen Einheiten und Führungsapparaten auf allen Ebenen Korruption breitgemacht, die ihrerseits den Betrieb lähmt und der Truppenbasis selbst die spärlichen Mittel der tatsächlichen Haushaltszuweisungen vorenthält. Symptomatisch für diese Korruption war in der Vergangenheit das Gebaren der viel zu umfangreichen Generalität, die sich nicht nur die dienstlichen Datschen aus der sowjetischen Zeit einverleibt hat, sondern darüberhinaus in großem Stil Armeegelder und die Arbeitskraft von Soldaten für den Bau und die luxuriöse Ausstattung weiterer derartiger Landhäuser in Anspruch nahm. Die Einleitung von Korruptionsverfahren gegen insgesamt 21 hohe Generäle lindert die Verbitterung der jüngeren und mittleren Offiziere kaum. So entstand in der russischen Armee eine massive Vertrauenskrise innerhalb des Offizierskorps zwischen der Truppe und der Generalität, deren Überwindung noch lange dauern wird aber unumgänglich für die Durchsetzung von Reformen ist.

Umfang und Altersstruktur der Generalität sind im übrigen ein gravierender Teil der Reformproblematik: Unter der Ägide von Armeegeneral Gratschow als Verteidigungsminister gab es eine wahre Inflation von Generalsbeförderungen, schließlich erreichten über 400 Offiziere

²⁶ Vgl. die Ausführungen von GenMaj Obuchov (Chef des Militärkommissariats St. Petersburg) in einem Itar-Tass-Interview, zitiert nach BBC Monitoring: Summary of World Broadcasts, Part 1 Former USSR, SU/3075, 13.11.1997, S. S1/2.

²⁷ Im November 1997 beklagte Armeegeneral Anatolij Kwašnin, Chef des Generalstabs der Streitkräfte, auf einer Sitzung des Kollegiums des Verteidigungsministeriums, daß 1997 bereits 20.000 Offiziere die Armee verlassen hätten, davon 7.000, die weniger als 30 Jahre alt seien, und daß in einigen Militärbezirken bereits bis zu 50% der Offiziere fehlten. Vgl. DW-Monitor-Dienst Osteuropa, 13. November 1997, S. 1.

²⁸ Angesichts der akuten aktuellen Finanzkrise sind allerdings jetzt auch Zahlungsrückstände an Innenministerium und Föderalen Sicherheitsdienst zu konstatieren, vgl. BBC Monitoring: Summary of World Broadcasts, Part 1 Former USSR, SU/3334, 17.9.1998, S. S1/2.

den Rang eines Generalobersten (3-Sterne-Ebene) und 15 bekamen sogar den 4. Stern²⁹. Da für alle diese Generale auch entsprechende Dienstposten geschaffen werden mußten, blähte sich die Militäradministration ungeheuer auf und verursacht bis heute überproportional hohe Kosten³⁰. Gleichzeitig entwickelte sich ein Anspruchsdenken und ein konservativer Geist in den Reihen der solchermaßen Privilegierten, der – selbst unter der inzwischen reformorientierten obersten Führung in Verteidigungsministerium und Generalstab – als starke Bremse für organisatorische Umgestaltungen der Streitkräfte wirkt.

Das größte Problem der russischen Streitkräfte im Bereich Personal ist aber die soziale Demontage von Truppe und Offizierskorps und der daraus resultierende Motivationsverlust. Die Armee allgemein und damit auch der Beruf des Soldaten und insbesondere des Offiziers haben seit dem Ende der Sowjetunion einen dramatischen öffentlichen Prestigeverlust erlitten. Dies hat zum einen historische Ursachen – der ruhmreiche Kampf der Roten Armee im "Großen Vaterländischen Krieg" verblaßt allmählich in der Erinnerung, an seine Stelle treten Erfahrungen wie das "Afghanistan-Trauma", das "Tschetschenien-Syndrom" oder die plötzliche öffentliche Erkenntnis einer hypertrophen Überrüstung und ihrer Last für die Volkswirtschaft³¹. Zum anderen äußern sich in der gesellschaftlichen Geringschätzung der Armee aber vor allem auch heute noch wirksame Faktoren: Die unhaltbare wirtschaftliche Lage der Offiziere, der weitgehende Wegfall der äußeren Bedrohung des Landes und das Bekanntwerden katastrophaler Zustände in der Truppe.

Zu sowjetischen Zeiten war es nicht nur eine Ehre, in den Streitkräften zu dienen, sondern gleichzeitig auch die Grundlage überdurchschnittlicher Bezahlung und vielfältiger Privilegien. Heute sieht die Öffentlichkeit dagegen sehr deutlich die lächerliche Höhe des regulären Soldes, der darüberhinaus immer wieder monatelang nicht ausgezahlt wird, die Wohnungsmisere selbst bei hohen Offizieren und den Verfall der sozialen Einrichtungen in den Soldatensiedlungen; viele Soldaten, unter ihnen auch Stabsoffiziere, sind darauf angewiesen, sich neben dem Dienst mit mehreren zusätzlichen Jobs finanziell über Wasser zu halten. Der Drang vor allem junger Offiziere nach draußen wird wahrgenommen und bestärkt die öffentliche Meinung von der Armee als einem wenig erstrebenswerten Arbeitsplatz.

Galt schon in der Spätphase der UdSSR die Armee als zu groß und zu teuer angesichts der Bedrohungsperzeption, so tat die Beendigung des Kalten Krieges und die Annäherung an die NATO ein übriges, die Sinnhaftigkeit großer Verteidigungsaufwendungen und einer starken Armee in Frage zu stellen. Die in der politischen Klasse nach wie vor vorhandenen Groß-

²⁹ Es wird kolportiert, daß Gračev damit seine Beförderung zum (ersten) Marschall der Russischen Föderation anschieben wollte, eine Ehre, die schließlich erst dem heute amtierenden Verteidigungsminister Sergeev zuteil wurde.

³⁰ Obwohl die Streitkräfte von 1992 bis 1997 von ca. 2,7 Mio. auf ca. 1,25 Mio. Mann schrumpften (also um 54%), reduzierte sich die Zahl der Flaggoffiziere nur von 2.321 auf 1.925 (also um 17%), damit wuchs die "Generalsdichte" von 1 General/1.163 Mann auf 1 General/649 Mann. Vgl. o.Verf.: Razodrat'sja i nakazat' kogo popalo..., in: Komsomol'skaja Pravda, 18. Oktober 1997, S. 4.

³¹ Erst unter Gorbachev konnte 1988/89 öffentlich über Rüstungslasten und ihre Sinnhaftigkeit diskutiert werden und somit die "Perestrojka" auch im Militärbereich durchgesetzt werden, vgl. dazu das Kapitel 4.3. "Die Rüstungsdebatte 1988-1989" bei Hans Henning Schröder, a.a.O., S. 178ff.

machtambitionen, die eine schlagkräftige Armee mit beinhalten, werden in der breiten Bevölkerung mit ihren mehr praktischen Problemen des täglichen Überlebens hingegen kaum geteilt.

Und letztlich tragen die immer häufiger und dramatischer bekannt werdenden inneren Probleme der Armee zu ihrem Prestigeverfall bei. Waren es beim Afghanistan-Krieg noch hauptsächlich die Mütter der im Kampf gefallenen Wehrpflichtigen, die zunächst verhalten protestierten, so sind es heute die oft mangelhaften hygienischen und medizinischen Zustände, die schlechte Verpflegung, der sinnleere Dienstbetrieb und vor allem die Praxis der "Dedovščina"³², die die inzwischen zu einer deutlich vernehmbaren Gruppierung angewachsenen "Bewegung der Soldatenmütter Rußlands" anprangern. Eine Armee, in der ein solches System grausamer und kontinuierlicher Unterdrückung der Jüngeren durch die Älteren bestehen kann und nur unzureichend durch Vorgesetzte bekämpft wird, verliert schnell den Respekt der Bevölkerung. Die Folgen der Dedovščina sind verheerend: Die Selbstmordrate in der Armee erreicht immer neue Rekorde³³, Wehrpflichtige laufen Amok oder werden fahnenflüchtig, Rekruten verstecken sich vor der Einberufung und die Gesellschaft begreift die Streitkräfte als einen menschenrechtsfreien Apparat, dessen Sinnhaftigkeit sie immer weniger anerkennt.

Gleichzeitig führte die systematische und konsequente Entpolitisierung der Streitkräfte, die noch zu Sowjetzeiten Ende 1991 stattfand³⁴, und die Aufgabe der kommunistischen Ideologie zum Verlust eines zentralen Movens der Soldaten, Wehrpflichtige wie Offiziere. Konnten vorher die Härten des Soldatenberufs mit dem Selbstbewußtsein eines Verteidigers der Grundsätze und Werte des Kommunismus ertragen werden, so fehlt diese ideelle Unterfütterung nun, ein Gefühl der Sinnleere macht sich breit.

Vor diesem Hintergrund wird klar, daß der Dienst in den Streitkräften nicht mehr als Ehrendienst empfunden wird und warum gerade die jungen Offiziere der Armee den Rücken kehren. Eine Umfrage unter den Offizieren von drei Militärbezirken hat Ende 1997 ergeben, daß sie den Eindruck haben, ihr Dienst sei nicht länger von der Gesellschaft gewünscht und der Staat kümmere sich nicht um seine Streitkräfte und Soldaten. Sie sind von ihrer materiellen Situation vollkommen enttäuscht und fühlen sich an den Rand der Gesellschaft

³² Von *dedovskij* (= großväterlich); damit ist die Drangsalierung der jüngeren Wehrpflichtigen durch die jeweils dienstälteren ("Großväter") gemeint.

³³ GenMaj der Justiz Jakovlev nannte in einem offiziellen Report für 1997 487 Selbstmorde (BBC Monitoring: Summary of World Broadcasts, Part 1 Former USSR, SU/3133, 24.1.1998, S. S1/5), die Dunkelziffer dürfte weit darüber liegen (vgl. Bericht der parlamentarischen Versammlung des Europarates, in: BBC Monitoring: Summary of World Broadcasts, Part 1 Former USSR, SU/3334, 26.9.1998, S. S1/2).

³⁴ Als Folge des gescheiterten Putsches gegen Gorbatschow vom August 1991 wurde noch im selben Jahr die Politische Hauptverwaltung der Streitkräfte und ihr nachgeordneter Bereich aufgelöst und ca. 80.000 Politoffiziere umgeschult bzw. pensioniert.

gedrängt³⁵. Es wird großen Anstrengungen bedürfen, den Vertrauensverlust sowohl der Öffentlichkeit als auch der Soldaten selbst in die Institution der Streitkräfte wieder auszugleichen.

Ökologische Probleme

Wie in vielen gesellschaftlichen und industriellen Bereichen Rußlands gab und gibt es auch in militärischen Einrichtungen schwere ökologische Sündenfälle. Die Palette reicht dabei von jahrzehntelanger permanenter Belastung aus Ignoranz oder Geringschätzung der ja "reichlich vorhandenen" Umwelt bis hin zu gezielten "Beseitigungen" ökologischer Problemfälle zu Lasten vor allem der an Rußland grenzenden Randmeere.

In Kasernen und auf Truppenübungsplätzen wurde und wird mit Betriebsstoffen regelmäßig ohne die notwendigen Schutzmaßnahmen umgegangen, so daß der Boden und teilweise auch das Grundwasser weiträumig verseucht sind. Veraltete Motor- und Heizungstechnik, undichte Leitungen und Tankanlagen tun ein übriges, Luft, Boden und Wasser zu belasten³⁶.

Schwere Beeinträchtigungen der Umwelt werden durch hochgiftige Raketentreibstoffe verursacht, die vor allem auf Raketentestgeländen austreten.

Deutlich größere ökologische Gefahren sind im Zusammenhang mit den kollossalen Mengen an chemischen Waffen und Kampfstoffen entstanden, die die Sowjetunion bis Ende der 80er Jahre produziert hat³⁷. Anfängen von den Produktionsstätten, in deren Umfeld auch heute noch, selbst wenn sie schon längst stillgelegt sind, schwere Erkrankungen und Mißbildungen gehäuft auftreten und die Schwellenwerte mancher toxischer Substanzen um das Mehrtausendfache überschritten werden³⁸, bis hin zu den Entsorgungsplätzen, wo große Mengen von Kampfstoffen verbrannt, vergraben oder im Meer versenkt worden sind, sind langfristige Umweltschäden gewaltigen Ausmaßes entstanden.

Eine wahre ökologische Zeitbombe dagegen sind die ca. 40.000 Tonnen chemischer Kampfstoffe, zum größten Teil Nervengifte, die heute noch in den Arsenalen der Streitkräfte lagern. Rußland hat zwar nach langem Zögern im Oktober 1997 das Pariser Chemiewaffen-Über-

³⁵ Sergej Burda: V serkale človečeskich duš, in: Armejskij Sbornik No. 6-1998, S. 15-17. In dieser Umfrage zeigte sich aber auch die immer noch vorhandene erstaunliche Kohäsion des russischen Offizierskorps, das nach wie vor seinen Waffenstolz besitzt und sich kampfbereit gegenüber äußeren Feinden gibt – Einsätze im Inneren, wie etwa im Falle Čečnia, werden dagegen weitgehend abgelehnt.

³⁶ Nach eigener Aussage überprüft das Staatskomitee der Russischen Föderation für Umweltschutz jährlich 2.000 (!) belastete Einrichtungen der Armee; insgesamt umfassen etwa 12.000 belastete militärische Anlagen eine Fläche von 128.000 km²; vgl. RIA-Meldung nach BBC Monitoring: Summary of World Broadcasts, Part 1 Former USSR, SU/3088, 28. November 1997, S1/1.

³⁷ Aleksej Jablov, damals Vorsitzender einer Kommission des Sicherheitsrates für ökologische Sicherheit, schätzte die insgesamt produzierte Menge auf 200.000 Tonnen, von denen noch etwa 40.000 Tonnen in insgesamt sieben zentralen Lagern bevorratet würden.

³⁸ So werden in Čapaevsk, der ehemals größten Produktionsstätte für chemische Waffen, noch heute innerhalb der Stadtgrenzen im Boden Dioxin-Werte vom 70- bis 800-fachen des Grenzwertes gemessen, 90% der Stadtbevölkerung (von 85.000 Einwohnern) leben in Zonen schwerer Bodenkontamination; nach Andrej Maksimov, Byvsčaja stolica voennoj chimii – svoimi glasami, in: Sevodnija, 25. Juli 1996, S. 9.

einkommen von 1993 ratifiziert³⁹, sieht sich aber außerstande, die daraus resultierenden Verpflichtungen der völligen Vernichtung aller Vorräte an chemischen Waffen zu erfüllen. Der geschätzte Finanzbedarf von ca. US-\$ 5 Mrd. bis zum Jahr 2007 kann vom Verteidigungshaushalt nicht gedeckt werden. Dies ist nicht überraschend angesichts der Tatsache, daß zum Beispiel 1996 nur 1% des Haushaltsansatzes für das föderale Programm zur Vernichtung chemischer Waffen tatsächlich realisiert wurde⁴⁰. So lagern die aggressiven Substanzen weiterhin zum Teil in riesigen Behältern zum Teil in korrodierenden Gefechtsköpfen quasi unter freiem Himmel und warten auf westliche Finanzhilfe.

Die bei weitem größte Gefahr für die Umwelt ist allerdings nuklearer Art, sie reicht von den aus sowjetischer Zeit überkommenen Produktionsstätten hochtoxischer nuklearer Brennstoffe und Waffen über die Testgebiete für Atomwaffen und die Versenkungsorte nuklearer Abfälle bis hin zu den Dutzenden heute stillgelegter aber noch nicht entsorgter nuklearer U-Boote und ihren zum großen Teil noch befüllten Reaktoren. Einige Beispiele mögen genügen:

- Nach veröffentlichten Angaben gab es in der Sowjetunion insgesamt über 120 Atomwaffentests in Testgebieten im Wolgabecken, Jakutien, und auf der Insel Novaja Semlja mit einer addierten Sprengkraft von insgesamt 290 Megatonnen. Noch heute liegen in den umliegenden Gebieten die Raten für onkologische Krankheiten und Kindesmißbildungen um ein Mehrfaches über dem Landesschnitt⁴¹. Auch wenn es in den letzten Jahren keine nuklearen Versuchsexplosionen mehr gab, ist das Testgelände Novaja Semlja immer noch in Betrieb.
- In den Jahrzehnten der Produktion von nuklearen Betriebsstoffen und Sprengköpfen im südlichen Ural (nahe Städten wie Čeljabinsk, Tomsk, Krasnojarsk) sind enorme Mengen flüssiger radioaktiver Abfälle in das Grundwasser eingeleitet worden, die sich schleichend ins Einzugsgebiet des Ob ausbreiten⁴².

³⁹ Das "Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen", unterzeichnet in Paris am 13.1.1993, schreibt neben der Aufgabe jeglicher Produktion und neben dem Verzicht auf den Einsatz chemischer Waffen die Vernichtung sämtlicher nationaler Vorräte innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren nach Ratifizierung vor – im Falle Rußlands also bis zum Oktober 2007; vgl. Text des Übereinkommens in: Europa-Archiv, Folge 20/1993, S. D397-D424. Zur innerrussischen Auseinandersetzung um die Ratifizierung des Chemiewaffen-Übereinkommens und die Realisierung eines Programms zur Vernichtung der C-Waffen, vgl. Valentin Razboinikov: *Rossija ne gotova rasstat'sja s chimičeskim oružiem*, in: *Izvestija*, 17. Oktober 1997, S.2.

⁴⁰ Vgl. Nikolaj Gul'ko: *Ratificirovana konvencija o sanreščenii chimičeskogo oružija*, in: *Kommersant' Daily*, 1. November 1997, S. 3.

⁴¹ Vgl. Vasili Kononenko, *Reaktor atomochoda "Lenin" sdrošen v Karskoe more*, in: *Izvestija*, 22. Januar 1992, S. 1, und Lev Korsunskij, *Novaya Zemlya – An Arctic Chernobyl*, in: *Čas pik*, 10. November 1992, S. 3, zit. nach: *The Current Digest of the Post-soviet Press*, Vol. XLIV No. 47 (Decembre 23, 1992).

⁴² Nach Angaben auf einer Umweltkonferenz in Archangelsk im Jahr 1992 wurde in den letzten 40 Jahren im südlichen Ural nuklearer Abfall mit einer Gesamtradioaktivität von über 1 Mrd. Curie eingeleitet; Angaben nach Korsunskij, a.a.O.

- In der Kara-See wurden in großem Stil nukleare Abfälle versenkt, darunter auch komplette ausgemusterte nukleare Reaktoren samt Brennstoff, etwa vom atomaren Eisbrecher "Lenin" und von einigen Atom-U-Booten⁴³.
- Die Zahl der stillgelegten nuklearen U-Boote in den Häfen der Nord- und Pazifikflotte vergrößert sich ständig mit immensen Kosten alleine für die sichere Verwahrung, ganz zu schweigen von den Aufwendungen für die Verschrottung und Entsorgung⁴⁴.

Die Zuständigkeiten sowohl für die aktuellen Umweltbelastungen als auch für die Abarbeitung sowjetischer ökologischer Altlasten sind kompliziert: Neben dem Verteidigungsministerium als dem Hauptverursacher gibt es das Staatskomitee für atomare und Strahlungssicherheit beim Präsidenten der Russischen Föderation, dessen Vorsitzender ist gleichzeitig Leiter des Föderalen Aufsicht über die Atom- und Strahlungssicherheit, den Berater des Präsidenten für konventionelle Probleme der chemischen und biologischen Waffen, die entsprechenden Ausschüsse des Föderationsrates und der Staatsduma, sowie als Regierungsorgane das Ministerium für Atomenergiewirtschaft, und das Staatskomitee für Umweltschutz. Diese Struktur ist bisher nicht in der Lage, die drei Hauptprobleme im Zusammenhang mit der Umweltfrage zu bewältigen:

- Die sicherheitspolitische Grundsatzfrage nach der weiteren Zukunft von ABC-Waffen einerseits und der ökologischen Sicherheit als wichtigem nationalen Interesse.
- Die Frage der Zuständigkeit und Verantwortung für die Vermeidung ökologischer Belastungen.
- Die Frage nach der Finanzierung der notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung und späteren Beseitigung der ökologischen Schäden.

Obwohl in der sicherheitspolitischen Literatur noch wenig betrachtet und auch innerhalb Rußlands noch vergleichsweise schwach thematisiert, zeichnet sich im Bereich Umwelt eine große Belastungsprobe für Gesellschaft und Staatsgewalt ab, da die Folgen des Mißbrauchs der Umwelt mit zunehmender statistischer Aufarbeitung und Publizierung immer deutlicher zutage treten.

Knappe Ressourcen

Bereits bei der Behandlung der Hauptproblemfelder Personal, Struktur der Streitkräfte, Ökologie und konzeptionelle Grundlagen schien immer wieder der enge Finanzrahmen als begrenzende Größe durch. Der finanzielle Zustand der Armee ist tatsächlich desolat.

⁴³ Nach Korsunskij, a.a.O., vgl. auch die Meldung von 1995 über insgesamt 17 in der Kara-See versenkte nukleare Reaktoren: ohne Verf., *Vot on, nastojaščij košmar!*, Izvestija, 17. März 1995, S. 1.

⁴⁴ Der Korrespondent der Izvestija Viktor Filippov bezifferte 1995 die Betriebskosten für ein stillgelegtes Atom-U-Boot auf jährlich 2 Mrd. Rubel (= US-\$ 300.000) und die Aufwendungen zur Abwrackung auf 23 Mrd. Rubel (= US-\$ 3,8 Mio.); dabei fehlen die technischen Voraussetzungen der Abwrackwerften zum Umgang mit nuklearen Abfällen noch weitgehend, und es gibt kein Entsorgungskonzept. Vgl. Viktor Filippov, *Atomnye submariny veyvajut o pomošči*, in: Izvestija, 24. Mai 1995, S. 4. Alleine bei der Nordmeerflotte sollen sich über 70 stillgelegte nukleare U-Boote befinden, deren Unterhalt bis zu 20% des Budgets dieser Flotte verzehrt; vgl. Viktor Litovkin, *Rossija gotova razoru no tol'ko za čuščie den'gu*, in: Izvestija, 28. März 1998, S. 1f.

Schon in den vergangenen Jahren wurden die in den jeweiligen Haushaltsgesetzen für die Verteidigung veranschlagten Ansätze, die nach Ansicht des Verteidigungsministeriums bereits unter dem notwendigen Minimum lagen, nur zum Teil erfüllt. So kamen 1995 und 1996 nur jeweils etwa 80% zur Auszahlung, und 1997 bekam das Verteidigungsministerium sogar nur 62% der vorgesehenen Mittel überwiesen – dies reichte kaum zur Auszahlung der Gehälter⁴⁵.

⁴⁵ Zu den Zahlen für 1995 und 1996 vgl. Hans-Henning Schröder, Die russischen Militärausgaben 1995-1997, Berichte des BIOst, Nr. 23-1997, Köln 1997. Die Angabe für 1997 stammt aus einer Ansprache des Chefs des Generalstabs der Streitkräfte, Anatolij Kvašnin, vor der Duma Anfang 1998, in: BBC Monitoring: Summary of World Broadcasts, Part 1 Former USSR, SU/3148, 11.2.1998, S. S1/1.

Tabelle 1: Etat "Nationale Verteidigung" für 1998

<i>Ausgabentitel</i>	<i>Haushaltsansatz (in Mio. Rubel)</i>	<i>Bis Ende September auszuzahlen (75 %)</i>
<i>Nationale Verteidigung</i>	81.765,0	61.323,7
1. Unterhalt der Streitkräfte	45.452,5	34.089,4
darunter:		
Personalkosten (Streitkräfte und zentraler Apparat)	33.586,9	25.190,2
Einsatzausbildung sowie Materialbewirtschaftung und -erhaltung	9.282,6	6.962,0
Unterhalt und Nutzung militärischer Anlagen	942,0	706,5
Unterhalt von F&E-Einrichtungen	60,0	45,0
Instandsetzung und Produktion von Waffen und Gerät	1.900,0	1.425,0
2. Beschaffung von Waffen und Gerät	15.148,4	11.361,3
3. Bauarbeiten im Interesse der nationalen Verteidigung	3.300,0	2.475,0
4. Forschung und Entwicklung	10.800,0	8.100,0
5. Ausgaben zur Durchführung der Militärreform	3.995,0	2.996,2

Quelle: Krasnaja Zvezda, 6. Februar 1998, S. 1.

Anmerkung: Die Aufteilung der Haushaltsposten wurde vom Autor der Tabelle 2 angenähert – sie war ursprünglich nicht kompatibel. Einige kleinere Posten scheinen zu fehlen – die Zahlen addieren sich nicht zu 100% auf.

Das in der Armeezeitung Krasnaja Zvezda für 1998 erstmals veröffentlichte Verteidigungsbudget⁴⁶ sieht für den Titel "Nationale Verteidigung" über 81 Mrd. Rubel vor (vgl. Tabelle 1). Hochgerechnet für die ersten drei Quartale müßten somit Ende September drei Viertel der Ansätze geflossen sein (vgl. schraffierte Spalte in Tabelle 1). Aus den Angaben des Pressedienstes des Verteidigungsministeriums, der regelmäßig die tatsächlich eingegangenen Gelder in der Krasnaja Zvezda publiziert (vgl. Tabelle 2), ergibt sich eine bisherige Deckung des laufenden Verteidigungsetats von nur 44,6%. Dabei wird der besonders sensible Posten der Dienstbezüge und Gehälter mit 68% noch relativ gut bedient, während andere für Streitkräfte ebenfalls überlebenswichtige Positionen, wie etwa F&E (11%) oder Beschaffung (16%) verkümmern (vgl. dazu die jeweils schraffierten Spalten in den Tabellen 1 und 2). Leider sind die Angaben in den beiden Tabellen unterschiedlich aggregiert, so daß sie nur in Teilbereichen Aussagekraft haben. So ist etwa der völlige Ausfall der Position "Einsatzausbildung" in Tabelle 2 kaum möglich, die Mittel für durchgeführte Manöver, Übungsschießen, etc. müssen sich in anderen Positionen verstecken. Dennoch läßt sich eine

⁴⁶ Vgl. Petr Karapetjan, Odoronnyj djudzet pervyve otkryt, in: Krasnaja Zvezda, 2. Februar 1998, S. 1 und 3.

über Jahre fortgeschriebene und in jüngster Zeit besonders zugespitzte Unterdeckung des russischen Verteidigungshaushalts konstatieren, die angesichts

Tabelle 2: Eingang von Mitteln auf Konten des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation
(in Mio. Rubel)

<i>Titel</i>	<i>Januar</i>	<i>Februar</i>	<i>März</i>	<i>April</i>	<i>Mai</i>	<i>Juni</i>	<i>Juli</i>	<i>August</i>	<i>September</i>	<i>Januar bis September</i>
1. Unterhalt der Streitkräfte	3.033,5	3.078,5	2.774,1	2.662,4	2.394,4	3.566,6	816,8	2.195,0	3.039,6	23.560,9
darunter:										
Personalkosten	2.204,9	2.422,1	2.083,0	2.421,0	1.839,4	1.856,4	400,0	1.596,8	2.391,9	17.215,5
Lebensmittel	487,6	361,5	325,2	70,0	120,0	285,8	0,7	–	26,0	1.676,8
Bekleidung	52,5	53,1	51,9	–	–	218,0	–	–	–	375,5
Betriebsstoffe	116,6	115,0	118,4	–	100,0	348,6	316,1	350,0	–	1.464,7
Instandsetzung von Waffen und Gerät	55,3	40,0	70,7	16,0	–	16,1	–	–	–	198,1
Ausgaben für Transporte	21,6	10,0	25,4	100,0	–	219,8	100,0	228,2	593,5	1.298,5
Fernmeldewesen	5,0	5,0	5,0	–	5,0	15,0	–	–	–	35,0
Einsatzausbildung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausgaben des Unterkunftdienstes	16,7	16,0	17,3	–	235,7	394,3	–	10,0	–	690,0
Medizinische Betreuung	6,6	–	7,4	–	–	67,2	–	–	–	81,2
Anderweitige Ausgaben	66,7	55,8	69,8	55,4	94,3	145,4	–	10,0	28,2	525,6
2. Beschaffung von Waffen und Gerät	200,0	100,0	150,0	498,0	58,6	743,9	–	3,0	65,0	1.818,5
3. Investbau	265,0	160,0	375,0	80,0	–	110,0	–	–	74,4	1.064,4
4. Forschung und Entwicklung	100,0	100,0	100,0	275,0	10,0	331,7	–	–	–	916,7
<i>Insgesamt</i>	3.598,5	3.438,5	3.399,1	3.515,4	2.463,0	4.752,2	816,8	2.198,0	3.179,0	27.360,5

Quellen: Angaben des Pressedienstes des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, in: Krasnaja Zvezda, Jahrgang 1998, jeweils am Monatsanfang für den Vormonat, S. 1.

der seit August 1998 hochgeschwellten Inflationsrate noch dramatischer wirken wird. Wenn der Chef des russischen Generalstabs, Anatolij Kwaschnin, vor der Duma erklärt, anstatt der im Haushalt bewilligten 82 Milliarden Rubel bräuchte die Armee eigentlich 400 Milliarden um ihre Probleme zu lösen⁴⁷, so ist das zwar einerseits eine politische Aussage zur Durchsetzung der eigenen Mittelforderungen, zeigt andererseits aber auch das groteske Mißverhältnis zwischen Bedarf und (geplanter) Bedarfsdeckung, das bei Betrachtung der tatsächlichen Mittelzuweisung noch weiter aufklafft.

In der Finanzmisere liegt denn auch der größte Hemmschuh für die Reform der militärischen Strukturen und insbesondere der Streitkräfte, da sie außer der rigiden Streichung keinerlei gestalterischen Spielraum läßt und sich gleichzeitig wie ein lähmender Schatten über alle Aktivitäten der für Planung und Durchführung Verantwortlichen legt und ihnen Elan und Motivation raubt.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Lage wird im nächsten Kapitel die Entwicklung der Militärreform bis zum Mai 1997 skizziert.

3. Russische "Militärreform" bis 1997

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft sowie ihr Einfluß auf die Außenpolitik wurde bereits in der zweiten Hälfte der Ära Gorbatschow Gegenstand heftiger Diskussion. Das zunehmend entkrampfte Ost-West-Verhältnis, der politische Wandel innerhalb der Sowjetunion (*Glasnost'* und *Perestrojka*) sowie die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme machten eine Neuorientierung bzgl. der übermächtigen, alle gesellschaftlichen Belange dominierenden Position des Militärs unausweichlich⁴⁸.

Erste Reformversuche verlaufen im Sand

Rüstungsreduzierungen aufgrund des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) sowie die immer offensichtlichere Erosion des Warschauer Paktes erforderten einerseits aus außenpolitischer Sicht eine grundsätzlich neue Ausrichtung der gültigen Militärdoktrin. Ein noch stärkerer Erneuerungsdruck entstand jedoch andererseits aus dem inneren Wandel der UdSSR; die angespannte Versorgungslage, das sinkende Sozialprestige der Armee, die Katastrophe in Afghanistan und zunehmende öffentliche Kritik an den Zuständen in der Truppe animierten einige Offiziere innerhalb der Streitkräfte, über Reformkonzepte nachzudenken. Bereits damals wurden Ideen wie die Schaffung einer Berufsarmee, Garantie sozialer Sicherheiten für Armeeangehörige, Rechtsstaatlichkeit auch innerhalb der Armee, Reform der militärischen Beschaffungsverfahren und Strukturreform der Streitkräfte diskutiert.

Obwohl Präsident Gorbatschow eine tiefgreifende Reform ausdrücklich unterstützte, verhielt sich die Führung des sowjetischen Verteidigungsministeriums und der Rüstungsbürokratie

⁴⁷ Kwaschnin a.a.O., vgl. Fußnote 45.

⁴⁸ Vgl. dazu und zu den folgenden Ausführungen Hans-Henning Schröder, a.a.O., S. 422ff.

ablehnend und sah die Notwendigkeit zu drastischen Änderungen nicht ein. So verlief dieser erste Ansatz zur Reform des Militärs im Sande.

Tabelle 3: Entwicklung von Schlüsseldaten zu russischen Verteidigungsanstrengungen

	Reguläre Streitkräfte	andere militärische Verbände ^a	Truppen insgesamt	offizielles Vert.budget (in Mrd. Rubel)	offizielles Vert.budget (in % BSP)	geschätzte tatsächliche Vert.ausgaben (in % BSP) ^b
1991 (UdSSR)	3.400.000	994.000	4.394.000	97	6,9	11
1992 (Rußland)	2.720.000	1.220.000	3.920.000	715	4,1	12
1993	2.030.000	350.000	2.380.000	8.327	4,9	9
1994	1.714.000	280.000	1.994.000	40.626	6,7	9
1995	1.520.000	280.000	1.800.000	59.379	3,6	8
1996	1.270.000	352.000	1.622.000	80.185	3,6	7
1997	1.240.000	583.000 ^c	1.823.000	83.300	3,1	7

^a Dazu zählen: Eisenbahn- und Bautruppen, Grenztruppen und Truppen des Innenministeriums.

^b Die offizielle Haushaltsstruktur sowohl in sowjetischer wie auch in russischer Zeit weist nur einen Bruchteil der wahren Rüstungskosten aus; zur Problematik der in zahllosen anderen Einzeletats versteckten Aufwendungen vgl. bei Hans-Henning Schröder: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen "Stagnation" und Perestrojka", Baden-Baden 1995, S. 46ff. Die Angaben beziehen sich auf westliche Erkenntnisse und Schätzungen über offizielle Haushaltspositionen. Dabei ist zu beachten, daß Budget und tatsächlich realisierte Ausgaben stark divergierten; vgl. Julian Cooper, The military expenditure of the USSR and the Russian Federation, 1987-97, in: Adam Rotfeld (Hrsg.), SIPRI-Yearbook 1998, Oxford 1998, S. 243-259.

^c Das Aufwachsen bei den "anderen militärischen Verbänden" hat systematische Gründe: Sowohl bei den Grenztruppen als auch bei den Truppen des Innenministeriums wurden Kräfte aufgenommen, die vorher als Polizeikräfte galten und in der "The Military Balance" nicht berücksichtigt wurden.

Quellen: Hans-Henning Schröder: Die russischen Militärausgaben 1995-1997. Eine Auswertung der Haushaltsdaten, Berichte des BIOst, Nr. 23-1997, Köln 1997. The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1991-1992 (London 1991) bis 1997/98 (London 1997).

Nichtsdestoweniger mußten sich die Streitkräfte in den Folgejahren mit vielen neuen faktischen Gegebenheiten abfinden, wie etwa den schrumpfenden Verteidigungshaushalten oder der Entlassung vieler Zulieferbetriebe in die Marktwirtschaft, mit denen die Rückwärtigen Dienste nun neue und in der Regel teurere Verträge abschließen mußten, als dies die zentrale Staatskommission für Versorgung (*Gossnab*) früher geleistet hatte. Da es keine wirklichen strukturellen Änderungen in der Armee gab und vor allem die Bereiche Verwaltung, Organisation, und Ausbildung nicht verschlankt wurden, führten die notwendig werdenden Einsparungen vor allem zu schmerzhaften Einschnitten bei Personal, Betrieb und Beschaffung.

Auch die Auflösung der UdSSR und die Überführung der wesentlichen Teile der sowjetischen Armee in die Armee der Russischen Föderation änderten an der Stagnation

wenig. So erhielten sich die Streitkräfte, die sich zwischen 1992 und 1996 um mehr als 50% verringerten (vgl. Tabelle 3), den kostenträchtigen und Ressourcen verschlingenden Apparat einer 3-Millionen-Mann-Armee. Dies führte zu empfindlichen Einbußen bei Übungsbetrieb und Einsatzfähigkeit und beschädigte die Motivation von Offizierkorps und Truppe.

Dabei mangelte es nicht an Aufrufen und Absichtserklärungen zu einer umfassenden Militärreform. Die Führungsgeneration der russischen Streitkräfte jedoch, ausgebildet und sozialisiert während des Kalten Krieges, war unfähig, angemessen auf die kritische wirtschaftliche und geänderte sicherheitspolitische Lage zu reagieren. So gab es nur halbherzige Reduzierungen von Einheiten und Verbänden und nach wie vor wurde die Absicht aufrechterhalten, den Großmachtanspruch Rußlands militärisch zu untermauern.

Eine vielversprechende Politikänderung trat ein, als Präsident Jelzin, der in seinem Präsidentschaftswahlkampf 1996 auch militärische Probleme thematisiert hatte, den korruptionsverdächtigen und reformunwilligen Verteidigungsminister Gratschow entließ und – nach kurzer Vakanz des Postens – am 18. Juli 1996 dem in der Armee hochangesehenen Generalobersten Igor Nikolajewitsch Rodionow die Leitung des Verteidigungsministeriums übertrug.

Die Militärreform unter Verteidigungsminister Rodionow

Schon während seiner Zeit als Kommandeur der Militärakademie des Generalstabes der Streitkräfte der Russischen Föderation hatte Rodionow ein zusammenhängendes Konzept der notwendigen Militärreformen entwickelt⁴⁹:

- Er unterschied strikt zwischen "Reform der Streitkräfte" (Reduzierung, Reorganisation, etc.) und "Militärreform", die er in einem weiteren Sinne verstand⁵⁰; Militärreform umfaßte nach Rodionow die Anpassung des gesamten intellektuellen, personellen und materiellen Dispositivs aller mit der Verteidigung des Landes zusammenhängenden Institutionen und Kräfte an die neuen sicherheitspolitischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen.
- Rodionow plädierte für die Wiedereinführung des Verteidigungsrates – einer Institution, die in der Sowjetunion der Abstimmung und gemeinsamen Beschlußfassung aller an Verteidigungsfragen beteiligten Administrationsteile diene.
- Zentralen Stellenwert in Rodionows Vorstellungen nahm eine neu zu erarbeitende Militärdoktrin ein, die ausgehend von der Definition nationaler Sicherheitsinteressen Rußlands durch eine Analyse der zu erwartenden Bedrohungen die konzeptionelle Unterfütterung der Militärreform leisten sollte. Hierbei sah er die enge Zusammenarbeit von militärischen und zivilen Fachleuten vor.
- Rodionow verwarf die sowjetische Tradition der Riesenarmee; er wollte bei Personal und Material Qualität vor Quantität setzen und die russische Armee in eine Streitmacht aus kleineren, flexiblen, hochmobilen und modern ausgerüsteten Verbänden verwandeln.

⁴⁹ Darstellung im wesentlichen nach der Übersicht bei Michael Orr: Rodionov and Reform, Conflict Studies Research Centre (Royal Military Academy Sandhurst), Studie C92, January 1997, S. 3ff.

⁵⁰ Vgl. 1. Einführung, S. 8.

- Rodionow war kein Advokat der reinen Berufsarmee; er hatte jedoch die Notwendigkeit eines professionellen Unteroffizierskorps erkannt, das helfen konnte, Schwächen im Bereich der taktischen Führung auf unterster Ebene zu beseitigen⁵¹.
- Rodionow plädierte für eine Straffung des militärischen Beschaffungswesens, verwarf jedoch die Idee, den gesamten Rüstungssektor der freien Marktwirtschaft zu überlassen.

Die Voraussetzungen zur Implementierung solcher weitreichender Umwälzungen schienen bei Rodionows Amtsantritt günstig: Jelzin hatte die Streitkräfte mit ihren Sorgen für sich "entdeckt" und während seines Wahlkampfes instrumentalisiert. Noch im Sommer 1996 gründete er den Verteidigungsrat, einer der Reformvorschläge Rodionows, mit dem "Gehilfen des Präsidenten" (*pomoščnik*) Jurij Baturin als Sekretär und beauftragte den neuen Verteidigungsminister, nun endlich mit weitreichenden Maßnahmen für die Durchsetzung der Militärreform zu sorgen.

Die ersten Monate im Amt benötigte Rodionow, um durch Personalwechsel Ruhe in die von Korruptionsskandalen geschüttelte militärische Führungsspitze zu bringen. Im Herbst 1996 schuf Präsident Jelzin eine weitere Institution, die Rodionow lange gefordert hatte, die "Staatliche Militärinspektion des Präsidenten" (GVIP)⁵². Ziel dieses direkt der Präsidialadministration zugeordneten Organs war zum einen die zivile Kontrolle der Streitkräfte und die Sicherstellung des direkten Zugriffs auf die Armee durch den Präsidenten als Oberkommandierenden, zum anderen die Zusammenfassung aller Truppen unterhaltenden "Machtministerien" unter einem Dach. Der Apparat wurde mit etwa 100 Dienstposten ausgestattet. Wie so viele Reformmaßnahmen blieb diese Einrichtung aber vorerst Stückwerk, da es an einer eindeutigen Kompetenzzuweisung mangelte; außerdem wurde kein Chef der GVIP benannt, die Eifersüchteleien vor allem zwischen Verteidigungs- und Innenministerium verhinderten offensichtlich die Einigung auf einen Träger der konzentrierten Macht dieser Position.

Sehr schnell stellte sich heraus, daß auch weiterhin die Agenda der Militärreform zur Polarisierung von Machtkämpfen im Kreml benutzt wurde⁵³. Rodionow, der als Protegé des damaligen Sicherheitsberaters Aleksandr Lebed galt, geriet nach Lebeds Abgang im Oktober 1996 in zunehmenden Gegensatz zum neuen Stern am Himmel der Sicherheitspolitik, Jurij Baturin. Vor allem in der Budgetfrage zeigte sich die ganze Problematik: Während Baturin die Reformmaßnahmen aus den bei den einschneidenden Reduzierungen zu erwartenden Einsparungen finanzieren wollte und immer weitere Kürzungen und Beschneidungen der Ressourcen des Verteidigungsministeriums durchsetzte, rechnete Rodionow mit eher steigenden Ausgaben zur sozialen Absicherung der ausscheidenden Soldaten einerseits und

⁵¹ Der Stellenwert der Unteroffiziere für die taktische Situation war eine der Lehren der russischen Armee aus den Mißerfolgen des Čečnia-Konflikts.

⁵² GVIP = Gosudarstvennaja Voennaja Inspekcija Prezidenta. Zu den Ausführungen über die GVIP, vgl. bei S.J. Main: The State Military Inspectorate, Conflict Studies Research Centre (Royal Military Academy Sandhurst), Studie C93, December 1996, S. 3ff.

⁵³ Zum Folgenden vgl. auch Joachim Schmidt-Skipiol: Die Militärreform in Rußland. Teil I: Sachstandsbericht, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 48/1997, 25. September 1997, S. 2f.

zur Beschaffung modernster Rüstungsgüter andererseits. Die russische Haushaltskrise ließ die Schere zwischen Finanzierungsbedarf und tatsächlich zur Verfügung gestellten Mitteln immer weiter auseinanderklaffen⁵⁴. Die Gehaltszahlungen an Soldaten und zivile Mitarbeiter gerieten um mehrere Monate in Rückstand, der Übungs- und Ausbildungsbetrieb kam fast völlig zum Erliegen und es wurden praktisch keine Beschaffungen realisiert.

Der Reformimpuls des Verteidigungsministers erlahmte und Anfang 1997 gerieten Rodionows öffentliche Auftritte und Stellungnahmen fast immer zum Lamento um Mittelzuweisung und den katastrophalen Zustand der Streitkräfte, den die finanziellen Engpässe verursacht hätten. Er scheute auch nicht davor zurück, mögliche negative Auswirkungen des Geldmangels auf die Einsatzfähigkeit und Sicherheit der nuklearen Flugkörper öffentlich vorauszusagen⁵⁵. Somit wurde er für Präsident Jelzin, aber auch für die "jungen Reformer" in der Regierung um Nemzow und Tschubajts mit ihrem radikalen Sparkurs zunehmend zum Ärgernis.

Neuanfang mit Igor Sergejew

Am 22. Mai 1997 entließ Jelzin anläßlich einer Sitzung des Verteidigungsrates unter entwürdigenden Umständen sowohl Verteidigungsminister Rodionow, als auch Generalstabschef Wiktor Samsonow. Rodionows Kritik am Sparkurs der Regierung und seine direkte Art, Fehler der Administration anzuprangern, gerieten ihm letztlich zum Verhängnis. Dennoch war klar geworden, daß die lange vernachlässigten Streitkräfte zu einem innenpolitischen Unsicherheitsfaktor zu werden drohten und eine seriöse Reform zur Sanierung an Haupt und Gliedern nicht mehr aufgeschoben werden durfte.

So bestellte Jelzin den Oberkommandierenden der Strategischen Raketentruppen, Igor Dmitriewitsch Sergejew, zum neuen Verteidigungsminister und stellte ihm den erfahrenen Truppenoffizier Anatolij Wasiljewitsch Kwaschnin als 1. Stv. Verteidigungsminister und Chef des Generalstabs zur Seite. Bereits die ersten Stellungnahmen aus dem Umfeld des Präsidenten zeigten die Erwartungen, die man in Sergejew setzte; so sagte Jurij Baturin, Sergejew habe "sich als sehr sparsamer militärischer Führer gezeigt: In seiner Teilstreitkraft wurde nicht eine Kopeke verschwendet und die Lage ist dort viel besser als bei anderen"⁵⁶. Sergejew sollte die Militärreform endlich in Gang bringen und dabei so kostenneutral wie irgend möglich bleiben, da die Staatsfinanzen auch im Jahr der leichten wirtschaftlichen Stabilisierung 1997 keineswegs konsolidiert waren und von Leistungen des Internationalen abhingen.

⁵⁴ So wurden etwa im Januar und Februar 1997 nur 37,4 % des ohnehin schon zu knappen Wehrbudgets erfüllt; vgl. Hans-Henning Schröder: Die russischen Militärausgaben 1995-1997, Berichte des BIOst, Nr. 23-1997, Köln 1997.

⁵⁵ Auf eine entsprechende Äußerung Rodionows hin mußte der Premierminister Viktor Černomyrdin eine Inspektionsreise in Begleitung des Oberkommandierenden der Strategischen Raketentruppen, Igor' Sergeev, unternehmen, wobei sie zu dem Ergebnis kamen, daß das Personal, die Technik und die Waffensysteme der Raketentruppen "zu 99,9% zuverlässig" seien; vgl. ITAR-Tass-Meldung vom 21.2.1997, zit. nach Jamestown Monitor, 26.2.1997, S. 5.

⁵⁶ Baturin am 23. Mai 1997, nach o. Verf.: I Generalissimus Suvorov ne spravlilsja by s našej oboronoj, in: Trud, 24. Mai 1997, S. 1.

Anfängliche Bedenken über Durchsetzungsfähigkeit und Stehvermögen des neuen Ministers verflogen rasch: Igor Sergejew erwies sich als innovationsfreudiger flexibler Reformier mit Rückhalt in den Streitkräften, der sich – im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger – der offensichtlichen Gunst des Präsidenten erfreute und häufig zu Aussprachen in den Kreml gerufen wurde⁵⁷. Bereits wenige Wochen nach Amtsantritt skizzierten Sergejew und andere Regierungsrepräsentanten die Absichten zur Reform der Streitkräfte. Es ging dabei im Wesentlichen um Reduzierungen von Personal, überzähligen Verbänden und Organisationsstrukturen, um eine gesicherte Finanzierung der Armee und um die Verbesserung des sozialen Status der Angehörigen der Streitkräfte⁵⁸. Viele der artikulierten Vorhaben und Ansätze waren schon aus Schriften und Äußerungen Rodionows bekannt, doch jetzt schien die Zeit reif, sie tatsächlich zu realisieren.

Den Konzepten folgten Taten: Andrej Afanasjewitsch Kokoschin, bis dahin Staatssekretär im Verteidigungsministerium, wurde in das kombinierte Amt des Sekretärs des Verteidigungsrates und Chefs der GVIP eingesetzt⁵⁹. Zum 1. November 1997 wurden die bisherige Teilstreitkraft der Strategischen Raketentruppen, die selbständigen Weltraumstreitkräfte, sowie die Truppen der Weltraumverteidigung (bis dahin Bestandteil der Truppen der Luftverteidigung) zur Teilstreitkraft der Strategischen Raketentruppen fusioniert – ein erster Schritt zur Abschaffung überflüssiger Stäbe⁶⁰.

Endlich gab es einen vielversprechenden Ansatz zur Militärreform in Rußland, der nicht nur von einigen Theoretikern vertreten, sondern von Präsident Jelzin selbst, vom einflußreichen Sekretär des Sicherheitsrates Ivan Rybkin und von Andrej Kokoschin, einer Figur mit wachsendem Einfluß, maßgeblich unterstützt wurde. Allen Zweifeln westlicher Beobachter zum Trotz, die immer wieder die Widerstände im militärischen Establishment und die chronische Unterfinanzierung als Gründe für die Aussichtslosigkeit der russischen Militärreform ins Feld führten, hat sich der Elan bis heute nicht verflüchtigt; es ist den Verantwortlichen gelungen, innerhalb des letzten Jahres Ergebnisse zu erzielen und weiterführende Planungen und Konzeptionen vorzulegen, die sich auch nach westlichen Maßstäben sehen lassen können.

⁵⁷ Eine zusammenhängende Darstellung des Wechsels von Rodionov auf Sergeev vgl. bei Joachim Schmidt-Skipiol: Wachablösung im Verteidigungsministerium. Blockierer durch Reformier ersetzt?, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 30/1997, 1. Juli 1997.

⁵⁸ Eine umfassendere Darstellung der Reformansätze vom Sommer 1997 sowie eine Bewertung ihrer Effektivität und Durchsetzungsfähigkeit findet sich bei Joachim Schmidt-Skipiol: Die Militärreform in Rußland. Teil I: Sachstandsbericht, Teil II: Ausblick, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 48/1997 und 49/1997, 25. September 1997.

⁵⁹ Jurij Baturins Absetzung als Sekretär des Verteidigungsrates hatte Spekulationen über die Hintergründe dieser Zurücksetzung ausgelöst; die offizielle Version lautete, daß er sich auf seinen Einsatz als Kosmonaut vorbereiten wolle – der inzwischen erfolgte Raumflug Baturins im August 1998 läßt dies glaubhaft erscheinen.

⁶⁰ Der Oberbefehlshaber der Strategischen Raketentruppen erklärte, daß der Einspareffekt alleine aus dieser vergleichsweise kleinen Maßnahme ca. 60 Mrd. (alte) Rubel pro Jahr ausmache; vgl. ITAR-TASS Meldung vom 30.10.1997, in: BBC Monitoring: Summary of World Broadcasts, Part 1 Former USSR, SU/3065 vom 1.11.1997, S. S1/1.

Der zweite Teil des Berichts beschäftigt sich zuerst mit der Situation nach dem Wechsel von Igor Rodionow zu Igor Sergejew als Verteidigungsminister und anschließend mit den aktuellen Planungen von 1998.

Joachim Schmidt-Skipiol

The Military Reform in Russia (Part I)

The present situation and its lead-up

Bericht des BIOst Nr. 53/1998

Summary

Introductory Observations

The Russian armed forces, having their origins in the Soviet Army, are under considerable pressure to restructure and reform. The present two-part report on military reform in Russia endeavours to summarise and assess the course of the efforts undertaken to date to reform the armed forces and the military apparatus, the current status of the reforms, and the prospects for the future.

The present first part of the report gives a detailed overview of the problems associated with the armed forces of the Russian Federation, problems which have constituted a challenge to the Russian leadership in recent years and many of which continue to give cause for concern even today. This overview is followed by a brief history of military reform from the Gorbachev era to the summer of 1997.

The second part of the report deals with the noteworthy progress that has been made, at least in some sectors, since the change of incumbent in the Russian Defence Ministry (in May 1997). The report closes with a review of the prospects for military reform against the background of the latest crisis in Russia. To round off the report, the Appendix compiles translations of extracts from some trail-blazing documents promulgated by President Yeltsin in the summer of 1998 on the restructuring of the military districts in the Russian Federation.

Findings

1. In the Russian literature, the terms *military reform* and *armed forces reform* are not used as synonyms. Armed forces reform refers exclusively to those armed services which are under the control of the Defence Ministry, while military reform also addresses all "other troops". Thus, *armed forces reform* is only one part of *military reform*. The latter also comprises the network of relationships within the "power ministries", that is to say all institutions that have their own troops, and furthermore the whole complex surrounding compulsory military service, the defence readiness of society, etc. Attempts at reform in the past have largely been confined to the armed forces. The broader agenda of *military reform* has attracted the attention of some military theoreticians for a long time but has been made the target of specific government action only since 1998.

2. The cardinal problem fields in the context of the Russian armed forces are their conceptual foundations, their structure, their personnel, and ecological issues. These fields are spanned by the omnipresent shortage of resources, which constrains all freedom of action and re-organisation.
3. Until 1997 there was no coherent system of documents establishing and defining the principles of security and military policy in the Russian Federation. Thus, both the rank and file of the armed forces and the military leadership were left uncertain as to the objectives of national security policy and how those objectives were to be achieved. The various "power ministries" vied for institutional and personal influence. Only since the promulgation of the "Conception of National Security" in December 1997 has there been any promising sign of improvement in this respect.
4. The armed forces of the Russian Federation are still beset by severe structural weaknesses dating back to Soviet times. There were five armed forces: the Strategic Nuclear Forces Command, the Army, the Strategic Aviation Force, the Air Defence Command, and the Marines (plus the airborne divisions as a sixth armed service). What is more, although the armed forces were becoming smaller all the time, they still allowed themselves the luxury of maintaining the same inflated military bureaucracy, the same multiple redundancy in the fields of training and procurement, the same duplication of logical structures as in the Soviet era. The system for calling up conscripts was becoming more and more obscure.
5. As regards the personnel corps of the Russian armed forces, the volunteers and professional soldiers are suffering under social degradation, de-motivation, superannuation, corruption, and the resultant worries about the shortage of new recruits. The conscripts are concerned about unresolved questions surrounding compulsory military service and exemptions on the grounds of conscientious objection, deserters, and "dedovshchina", the systematic oppression of young recruits by their older comrades.
6. As a burden inherited from the Red Army – but also because of acute financial debility – there are numerous ecological time bombs ticking within the jurisdiction of the Defence Ministry: widespread soil, water and air pollution due to escaping fuels and other consumables in the vicinity of military installations; severe chemical contamination in the neighbourhood of production facilities used in the past to manufacture poison gas; unsafe storage areas containing large amounts of chemical weapons. The production and storage of fissile material and nuclear fuels have contaminated vast expanses with radioactivity.
7. The Russian army's financial situation is desolate, since even the constantly dwindling defence budgets of recent years have regularly been significantly under-fulfilled (in the current year, only 44.6 % of earmarked funds has actually been distributed). This has led to the almost complete cessation of military procurement and support for research and development and to extreme cut-backs in the day-to-day operations of the armed forces.
8. Even the earliest attempts to reform the military structures during the Gorbachev era were unable to make any headway against the bureaucratic ossification of the military apparatus and its distrust of all change. Following the disintegration of the Soviet Union and the

"take-over" of the major part of the army by the Russian Federation, these conservative attitudes were exacerbated by the rivalries between the various "power ministries" involved, making it even more difficult to carry out any targeted reform of the armed forces, much less of the military as a whole. All that was achieved was a series of reductions in numbers, but always without structural consequences. Ultimately, the initially promising endeavours by Defence Minister Rodionov also failed because of the minister's inexpert handling of the domestic political undercurrents and the increasing personal antagonism between Rodionov and the Secretary of the Defence Council, Yuri Baturin.

9. Only since the change at the top of the Defence Ministry in May 1997, when Igor Sergeyev was made Minister of Defence and Anatoly Kvashnin became Chief of General Staff, has there been sign of new impetus in the reform of the armed forces. The appointment of Andrei Kokoshin as Secretary to the Defence Council was, at last, conducive to reconciliation between the "power ministries".